

XXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXX

Stadt Köln

07.07.2019

Frau Oberbürgermeisterin Reker

Historisches Rathaus

50667 Köln

Bürgerantrag § 24 GO NRW

Personalsituation bei der Stadtverwaltung Köln

Die Stadtverwaltung Köln hat große Probleme qualifiziertes Personal, besonders im technischen Bereich, zu halten und neues Personal anzuwerben. Zunehmend gibt es sogar für extern ausgeschriebenen Stellen überhaupt keine Bewerbungen mehr oder nur unqualifizierte Bewerber.

Folgen des Personalmangels

Zeitnahe Projektarbeit ist bei der Stadtverwaltung nicht mehr möglich. Projekte werden auf diverse Arbeits- und Aufgabenlisten verschoben. Genau wissend, dass dies nur ein Wegschieben der Aufgabe bedeutet und der Zeitgewinn das Ziel ist. Realistisch ist, diese Projekte werden in den nächsten Jahren bestimmt nicht begonnen.

Politik und Bürgern wird mit Hinweis auf „Aufnahme auf eine Projektliste“ eine geordnete, wenn auch zeitverzögerte Bearbeitung vorgegaukelt. Die Nennung von Planungsbeginn im Jahre XYZ dient ausschließlich der Beruhigung der Auftraggeber und Antragsteller.

Aber auch die laufenden Projekte werden nur noch mit großen Verzögerungen und reduzierter Sorgfalt bearbeitet.

Je nach politischen oder gesellschaftlichen Druck nach anderen Projekten werden in der Verwaltung die an sich schon schleppend laufenden Projekte unterbrochen oder gar abgebrochen, um die Einfordernden zu befriedigen.

Der Personalmangel führt zu erheblichen Überlastungen des noch vorhandenen Fachpersonals. Das macht sich in zunehmenden Zahlen an Krankentagen, Motivationslosigkeit, Desinteresse bis zum „Absitzen“ der Arbeitszeit bemerkbar. Was eine weitere Verzögerung und mangelnde Qualität der Projektarbeit bedeutet.

Die gesamten Folgen des Personalmangels sind in der Verwaltung bekannt, von den jeweiligen Vorgesetzten Sachgebiets-/ Gruppenleiter bis zu den Dezernenten. Es stößt dort aber auf Ignoranz, weil ein großer Teil des Führungspersonals selbst frustriert ist und versucht für sich selbst das Beste heraus zu holen. Hierzu zählt auch die Suche nach höheren und besser bezahlten Positionen. Emotionale Bezüge zum eigenen Personal ist Vergangenheit.

Bezahlung der Mitarbeiter:

Viele Mitarbeiter, besonders im technischen Bereich, fühlen sich im Vergleich mit gleichwertigen Positionen in der freien Wirtschaft zurecht unterbezahlt. Techniker erhalten in der Regel Besoldungsgruppe 9, Ingenieure in der Regel Besoldungsgruppe 11.

Durch gute Beziehungen innerhalb der Verwaltung kann ein Techniker wahrlich ein Ingenieursgehalt erlangen, ein Ingenieur ein Abteilungsleitergehalt (es gibt solche Beispiele). Da ist scheinbar Unmögliches möglich. Es handelt sich um Ausnahmen, die aber bei den „unterbezahlten“ Kollegen zu weiteren Frustrationen führen. Ganz besonders, wenn deren eigene Versuche, angemessene Besoldungen zu erhalten, jahrelang ins Leere laufen. Man kann sich sicher sein, diese Mitarbeiter leisten ab dann nur noch reduzierte Arbeit.

Ausgeschrieben Stellen, intern und extern, werden im Ingenieursbereich mit Besoldungsstufe 10 bis 11 propagiert. Dies entspricht einem monatlichen Bruttogehalt (für Anfänger) von ca. € 3.000,--. Für eine Tätigkeit nach einem Ingenieurstudium (eine Stellenausschreibung mit Anforderungsprofil ist exemplarisch beigelegt).

Auf dem freien Arbeitsmarkt erhalten solche qualifizierten Mitarbeiter tausende Euros mehr pro Monat, incl. Firmenwagen. Nicht überraschend dass diese Positionen weder intern noch extern kaum besetzt oder neu besetzt werden.

Sollte man doch Bewerber für eine ausgeschriebene Stelle haben, sind diese oft völlig unqualifiziert oder aber Berufsanfänger. Hier kommt es dann wieder zu weiteren Frustrationen des langjährigen überlasteten Fachpersonals. Wenn nämlich die neuen Mitarbeiter dieselbe Besoldungsklasse wie die erfahrenen langjährigen unterbezahlten Mitarbeiter erhalten und letztere die neuen Mitarbeiter auch noch über Monate oder Jahre einarbeiten müssen. Neben den Alltagsaufgaben.

Ergebnis, Konsequenz

Es gibt Sachgebiete in der Verwaltung, in denen keine 50 Prozent der Planstellen besetzt sind. Wenn dann auch noch ein weiterer Mitarbeiter das Sachgebiet verlässt wird sie, wenn überhaupt, erst Monate später wieder intern ausgeschrieben. Da die Dotierung auf dem alten Stand bleibt, die Arbeitsbelastung extrem hoch ist, bewirbt sich intern niemand für eine solche Stelle. Die Stelle bleibt dann sogar über ein Jahr unbesetzt. Folgen siehe oben.

Das noch vorhandene Personal ist völlig ausgelaugt und sieht sich nach Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft oder bei anderen Stadt- oder Gemeindeverwaltungen um. Dort hat man mittlerweile erkannt, dass man nur mit einer besseren Bezahlung qualifiziertes und ausreichendes Personal erhält. In Köln bleibt man der Linie der unterbezahlten Stellen treu und ignoriert den skandalösen Zustand. Das Organisationsamt lehnt zum Verdruss der Dezernenten gar die dringend aufgelisteten Stellen für einen erforderlichen Ablauf aus den verschiedensten Gründen konsequent ab.

Nach außen versucht man die desolante Personalsituation zu vertuschen. Bei Nachfragen aus der Politik oder den Medien herrscht oftmals panischer Aktionismus, um diese zu befriedigen. Ein Vorgesetzter will es sich als Exekutiv und künftiger Führungsaspirant, bevorzugt bei den gut zahlenden Stadtwerken, bei der Politik nicht verscherzen, entscheiden man dort doch über diese künftigen Besetzungen. Folglich wird den unterbezahlten und frustrierten Mitarbeitern Druck gemacht, diese Arbeiten auch noch und schnell zu erledigen. Was natürlich nicht funktioniert.

Der Alltag und die Praxis innerhalb der Stadtverwaltung Köln bedeutet tausende frustrierte und demotivierte und kränkelnde Mitarbeiter, die sich längst aufgegeben haben und ihre Zeit nur noch absitzen.

Unter Berücksichtigung das es in Köln dutzende Projekte gibt, die hunderte Millionen Euro sinnlos verschlingen, die sich drastisch verteuern (Flüchtlingsunterkünfte, U-Bahn Ost-West, Schauspiel/ Oper, Grenztunnel Kalk, Kalkberg, Brücken, Museen, etc.) und auf der anderen Seite Mitarbeiter unterbezahlt sind, keinerlei Wertschätzung erfahren und die sich teilweise das Büromaterial selbst bei Discountern kaufen, ist es ein Skandal was innerhalb der Stadtverwaltung geschieht.

Man lässt diese skandalösen Zustände zu und ignoriert die Hilferufe des Personals. Und dass alles um einige hundert Euro pro Mitarbeiter oder Neueinstellung einzusparen. Selbst OB Reker und Stadtdirektor Dr. Keller reagieren nicht auf Schreiben der Mitarbeiter.

Wenn nicht schnellstens gegengesteuert wird, geht ab dem kommenden Jahr 2020 innerhalb der Stadtverwaltung kaum noch was im technischen Bereich. Projekte im Genehmigungsverfahren, Straßenbau und Verkehrswesen, Brückensanierung, Schulbau und Wohnungsbau, usw. kommen nicht voran. Die in der Öffentlichkeit genannten Zahlen von 16 Schulneubauten erzeugt bei den beteiligten Ingenieuren nur ein Lächeln. Es werden keine 2 Schulneubauten werden! Durch die Vergabe an Generalunternehmen mochte man auch hier der Politik und Öffentlichkeit Engagement demonstrieren. Die angefügten Stellenausschreibungen zeigen die Ernsthaftigkeit der Behebung der Personalsituation auf. Dauerstellenausschreibungen bis 2026 für Bauingenieure und Architekten mit großen Berufserfahrungen, Belastbarkeit, usw. und Besoldungsstufe 10. Wir Mitarbeiter prophezeien, die Situation wird dramatisch werden.

Der Verwaltungsbereich hingegen, das ist noch ein zusätzlicher Demotivationspunkt, wird hingegen unverhältnismäßig üppig entlohnt.

Deswegen beantrage ich, im Namen von tausenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung, dass der Rat beschließt, unverzüglich die Besoldung der angestellten Techniker und Ingenieure auf jeweils gleiches Niveau je nach Position (Sachbearbeiter/ Stellvertretender Sachgebietsleiter/ Sachgebietsleiter) anzuheben und für zügige Neueinstellungen Sorge zu tragen. Techniker Besoldungsstufe 10, Ingenieure Besoldungsstufe 12. Vorgesetzte jeweils eine Besoldungsstufe höher.

Die Kosten dürften überschlägig angesetzt bei einem Betrag von 5 bis 10 Millionen Euro pro Jahr liegen. Eine geringe Summe, sieht man sich die Kostensteigerungen bei den Großprojekten, insgesamt mehrere hundert Millionen Euro, oder die Folgen der Unproduktivität der Mitarbeiter an.

Dieser Bürgerantrag nach § 24 GO NRW ist gleichzeitig ein öffentlicher Aufruf, der die desolaten Zustände in der Stadtverwaltung publik macht. Er ist auch ein Hilferuf mit Hinweis auf Klüngerlei und Selbstbedienungsmentalität der Etablierten. Deswegen wird er auch medial verbreitet.

Die Hoffnung auf Besserung ist innerhalb der Mitarbeiterschaft kaum vorhanden. Man möchte aber mit sich im Reinen sein, alles Erdenkliche versucht und die Öffentlichkeit über die desolaten Zustände in der Stadtverwaltung informiert zu haben.

Gezeichnet

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Der Bürgerantrag wird auch per Einschreibesendung zugestellt